

Anmeldung (Referat IV)
 Diskussionsabend „Deutsche nur auf Zeit? Sinn und Unsinn der Optionsregelung“
 am 03. Mai 2011 in Frankfurt/M.

Name:
 Vorname:
 Straße:
 PLZ/Ort:
 Tel.:
 Fax:
 Beruf/Tätigkeit:
 E-Mail:
 Datum, Unterschrift:

Programm

18.30 Uhr	Ankommen bei Getränken
18.50 Uhr	Begrüßung Corrado Di Benedetto
19.00 Uhr	INTERVIEWS mit betroffenen Jugendlichen
19.30 Uhr	PODIUMSDISKUSSION mit Jörg-Uwe Hahn , Hessischer Minister der Justiz, für Integration und Europa Martin Jungnickel , Leiter des Dezernates „Einbürgerung“ im Regierungspräsidium Darmstadt Victor Pfaff , Rechtsanwalt Eine betroffene Jugendliche Moderation: Pitt von Bebenburg , Frankfurter Rundschau
21.30 Uhr	Ende

Veranstalter

- Hessische Landeszentrale für politische Bildung
- Arbeitsgemeinschaft der Ausländerbeiräte Hessen – Landesausländerbeirat
- beramí – berufliche Integration e.V.
- Deutscher Anwaltverein (DAV) e.V.
- Evangelische Kirche in Hessen und Nassau
- Evangelischer Regionalverband Frankfurt am Main
- Interkultureller Rat in Deutschland e.V.
- Liga der Freien Wohlfahrtspflege in Hessen e.V.
- Verband binationaler Familien und Partnerschaften, iaf e. V.
- Türkische Gemeinde Rhein-Main – Hessische Landesorganisation der Türkischen Gemeinde in Deutschland
- Kompetenzzentrum muslimischer Frauen Frankfurt

Deutsche nur auf Zeit?
Sinn und Unsinn der Optionsregelung

Seit der Reform des Staatsangehörigkeitsrechts im Jahr 2001 erhält jedes in Deutschland geborene Kind von Einwanderern neben der Staatsangehörigkeit der Eltern automatisch auch die deutsche Staatsangehörigkeit, wenn ein Elternteil bereits acht Jahre hier lebt und ein unbefristetes Aufenthaltsrecht besitzt. Allerdings müssen sich die betroffenen Personen zwischen dem 18. und dem 23. Lebensjahr für eine Staatsangehörigkeit entscheiden. In den kommenden Jahren werden Zehntausende junger Erwachsener davon betroffen sein. Entscheiden sie sich für die Staatsangehörigkeit ihrer Eltern, verlieren sie die deutsche. Damit würden in Deutschland als Deutsche geborene und aufgewachsene Kinder plötzlich zu Ausländern. Viele halten diese Regelung für ungerecht, integrationsfeindlich, unnötig und für ein Verwaltungsmonster. Sie fordern die Abschaffung der Optionsregelung und die generelle Hinnahme der Mehrstaatigkeit. In der Tat leben schon jetzt rund 4,5 Millionen Mehrfachstaater in Deutschland. Und 53 Prozent der Einbürgerungen werden hierzulande unter Hinnahme mehrfacher Staatsangehörigkeiten vorgenommen. „Mit dem Optionszwang beharrt der Gesetzgeber auf dem Grundsatz der Vermeidung der Mehrstaatigkeit,“ erklärt z. B. der Rechtsanwalt Victor Pfaff, der dieses Prinzip für obsolet hält. Andere, zumal in den Regierungsparteien in Berlin und Wiesbaden, sehen das anders. Sie plädieren dafür, auf einer bewussten Entscheidung für oder gegen die deutsche Staatsangehörigkeit zu bestehen. Am 3. Mai 2011 möchten wir mit Betroffenen, politisch Verantwortlichen und Experten über den Sinn oder Unsinn der Optionsregelung diskutieren. Was spricht dafür, die Optionspflicht abzuschaffen und Mehrstaatigkeit generell hinzunehmen? Was dagegen? Wie sieht der Umgang mit der Optionsregelung in der Praxis aus? Und wie geht es Betroffenen, wenn sie vor der Entscheidung stehen, sich gegen eine ihrer bisherigen Staatsangehörigkeiten zu entscheiden?

Sie sind herzlich eingeladen, zuzuhören, mitzudiskutieren und sich eine eigene Meinung zu bilden.

Fax: 0611 / 32 40 77

e-mail: Siegfried.Zander@hlz.hessen.de

Hessische Landeszentrale
für politische Bildung
Referat IV
Postfach 3220

65022 Wiesbaden

Information

Mechtild M. Jansen,
Referatsleiterin Ref. IV der HLZ

Anmeldung

Hessische Landeszentrale für
politische Bildung
Referat IV
Postfach 32 20
65022 Wiesbaden
Tel.: 0611 / 32 - 4041
Fax: 0611 / 32 - 4077
Mail: Siegfried.Zander@hlz.hessen.de

Anmeldeschluss: 26. April 2011

**Achtung: Eine Anmeldebestätigung geht
Ihnen nicht zu !**

Kosten

Die Veranstaltung ist kostenfrei.

Freistellung

Hessische Urlaubsverordnung für Beamte und
Angestellte im öffentlichen Dienst; Sonder-
urlaub für BundesbeamtInnen, RichterInnen;
LehrerInnenfortbildung.

Tagungsort

Instituto Cervantes Frankfurt
Staufenstraße 1
60323 Frankfurt am Main

Anfahrt

Das Instituto Cervantes Frankfurt befindet
sich im Stadtteil Westend. Es liegt unweit der
Alten Oper am nördlichen Ende des Rothschild-
parks, Reuterweg Ecke Staufenstraße.
U-Bahn: U6/U7, Alte Oper
S-Bahn: S1, S2, S3, S4, S5, S6, S8 und S9,
Taunusanlage
Bus: Linie 36, Eppsteiner Straße;
Linie 64, Alte Oper



Hessische Landeszentrale
für politische Bildung



agah

Landesausländerbeirat



Diskussionsabend

Deutsche nur auf Zeit? Sinn und Unsinn der Optionsregelung

Dienstag, den 3. Mai 2011
19.00 – 21.30 Uhr
Instituto Cervantes
Frankfurt/M.



Einladung